

Frankfurter Rundschau

ZUWANDERUNG

Flucht und Zuwanderung - 08.09.2015

Nicht Flüchtlinge umverteilen, sondern Reichtum

Von Stephan Hebel



Der Krieg in Syrien hat Millionen in die Flucht getrieben.

Foto: dpa

Wenn Deutschland das Vorbild ist, das derzeit alle loben, könnte es jetzt seine europäische Führungsrolle sinnvoll nutzen. Doch dazu müsste es mehr investieren als sechs Milliarden Euro. Der Leitartikel.

Es ist mehr, als man noch vor zwei Wochen hätte erwarten können. Die deutsche Politik hat die Bedeutung des Themas Migration wenigstens zur Kenntnis genommen. Die Regierung hat am vergangenen Wochenende getan, was ihre verdammte humanitäre Pflicht und Schuldigkeit ist: Sie hat Flüchtlinge, die von Ungarns Behörden wie Dreck behandelt worden waren, unbürokratisch aufgenommen. Und sie hat Geld versprochen, um den Kommunen zu helfen.

Es ist viel weniger als notwendig wäre. Angela Merkel wird, wenn sie die eigenen Sprüche ernst nimmt, sehr genau wissen, dass die Beschlüsse des Koalitionsgipfels von der „Anstrengung“, die sie fordert, Lichtjahre entfernt sind. Von der Willkommenskultur, die der glücklicherweise größere

Teil der deutschen Gesellschaft ihrer Regierung derzeit vormacht, kann die Kanzlerin noch eine Menge lernen.

Wer die Bedeutung des Themas erfassen will, braucht einen Blick zurück und einen nach vorn. Der Blick zurück würde, herrschte ein Mindestmaß an Ehrlichkeit, Folgendes ergeben: Was in einer wenig humanen Sprache als „Flüchtlingsstrom“ oder „-welle“ bezeichnet wird, als wäre es eine plötzliche Naturkatastrophe, das gab es längst, bevor eine deutsche Regierung sich bequemte, es zur Kenntnis zu nehmen. Es stimmt, dass auch das politische Deutschland nun endlich die Sprache des Willkommenheißens spricht. Es ist aber andererseits schon erstaunlich, wie es unserer Kanzlerin gelang, das humanitäre Drama auszuspitzen, bis es nicht mehr ging – um sich dann für ein paar mehr oder weniger symbolische Handlungen als moralische Königin Europas feiern zu lassen.

AUS DEN AUGEN, AUS DEM SINN Dass Kriege und schreiend ungerechte Weltverhältnisse Millionen in die Flucht treiben, haben natürlich auch die europäischen Politiker längst gewusst. Aber sie haben sich, Deutschland vorneweg, entschieden, diesen Menschen den Weg nach Europa abzuschneiden. Wenn es sein musste, auch in Kooperation mit dem libyschen Diktator Gaddafi, den man allerdings dummerweise wegbomben musste, als er es mit der eigenen Bevölkerung allzu brutal trieb. Womit Libyen auch als Endstation für Flüchtlinge ausfiel.

Und wenn die Vertriebenen den Weg nach Europa überlebten, hielt sie ein Vertrag mit dem harmlosen Namen „Dublin“ vom Verlassen der europäischen Staaten mit EU-Außengrenzen ab. Aus den Augen, aus dem Sinn, tot oder lebendig. Und daran etwas zu ändern – über einzelne Gnadengesten für bestimmte Kontingente hinaus –, dazu ist die Regierung auch jetzt noch nicht bereit.

All das zu erwähnen, bedeutet kein unzulässiges Nachkarten. Es könnte vielmehr dazu dienen, die in Europa zunehmenden Flüchtlingszahlen besser zu verstehen. Was wiederum Voraussetzung wäre, sich den Migrationsbewegungen und ihren Ursachen endlich aktiv zu stellen. Um es in einer Sprache zu sagen, die auch die Kanzlerin versteht: Wenn wir nicht in die Menschen „investieren“ – in den Herkunftsländern wie hier –, dann wird das hier wie dort zu Konflikten führen, von denen wir in diesen Tagen an den Bahnhöfen von Budapest oder Wien, in Serbien oder Mazedonien höchstens ein Vorspiel erleben.

Investieren, das heißt viel mehr, als sechs Milliarden zusätzlich bereitzustellen, so begrüßenswert das ist. Mehr auch, als endlich stärker bei Integration und Spracherwerb zu helfen. Und es würde das Gegenteil der Abschreckungsmaßnahmen bedeuten, mit denen die Ressentimentfraktionen der Regierungsparteien bedient werden: Sachleistung statt Taschengeld, Aushöhlung des individuellen Asylrechts durch „sichere Drittstaaten“, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit.

Investieren hieße: Für Unterkünfte, Schulen, Kurse und vieles andere wäre das Geld bereitzustellen, das wirklich gebraucht wird. Und nicht das, was zur „schwarzen Null“ des Finanzministers passt. Investieren hieße, sich endlich der humanitären und ökonomischen Lage in den Herkunftsländern zu widmen, um auch dem „Recht zu bleiben“ Geltung zu verschaffen – wenn die internationale Gemeinschaft schon nicht in der Lage ist, Kriegen wie in Syrien mit diplomatischer Konsequenz die Stirn zu bieten. Und wenn das Geld nicht reicht, muss man nicht Flüchtlinge umverteilen, sondern Reichtum – national wie international.

Ja, sie sind angekommen nicht nur an unseren Bahnhöfen, sondern endlich auch im Bewusstsein. Es ist ein Fortschritt, dass dieses Land angesichts des Offensichtlichen nicht mehr mit Abwehrhaltung – der Wahrheit und den Flüchtlingen gegenüber – reagiert, jedenfalls nicht nur. Aber der Moment der Erkenntnis wird ungenutzt verstreichen, wenn nicht die notwendige dauerhafte Kraftanstrengung folgt.

Wer, wie die EU-Kommission, gerade mal 120 000 Menschen verteilen will, die schon in Europa sind, hat von der Dimension des Themas nichts verstanden. Wenn Deutschland das Vorbild ist, das derzeit alle loben, dann hätte es hier Gelegenheit, seine europäische Führungsrolle einmal sinnvoll zu nutzen.

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/zuwanderung-nicht-fluechtlinge-umverteilen--sondern-reichtum,24931854,31745784.html>

Copyright © 2015 Frankfurter Rundschau